

Nazis in vorderster Front im Krieg gegen die Separatisten in der Ostukraine. Europa schaut weg.

Dietmar Barkusky

Das ZDF berichteten nach dem Abschluss der jüngsten Minsker Friedensvereinbarungen fast nebenbei, es sei fraglich, ob die prorussischen Separatisten der Ostukraine einerseits und die Freiwilligenverbände der ukrainischen Regierung andererseits die nun erzielten Übereinkünfte für einen Waffenstillstand akzeptieren würden. Nach Recherchen von Lauterbach⁽¹⁾ verkündete Arsenij Jazenjuk, Ministerpräsident der ukrainischen Regierung, auf der WEB-Seite der Regierung, den Frieden würden keine Verträge und Papiere garantieren, sondern nur die erhöhte Kampfbereitschaft der ukrainischen Armee. Es wird auch der ukrainische Außenminister erwähnt, der nach dem Abschluss der Minsker Vereinbarungen in Bezug auf eine Amnestie einschränkend darauf hinwies, dass es keine Amnestie für politische und militärische Führer der ostukrainischen Separatisten geben werde.

Die Äußerungen der ukrainischen Politiker erwecken den Eindruck, als wären die Ergebnisse der Minsker Vereinbarungen nicht gewollt. Doch blieb dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko wohl keine andere Wahl, sich dem politischen Druck der Deutschen und Franzosen zu beugen, die schließlich als Protagonisten des ukrainischen Staates gebraucht werden. Der US-Regierung scheint die Entwicklung nicht zu gefallen. Es wird vermutet, dass aus diesem Grund der staatsnahe US-Radiosender „Liberty“ nun enthüllte, Poroschenko hätte unentgeltlich zwei Grundstücke in Kiew erworben, deren Wert auf insgesamt ca. sieben Millionen Euro geschätzt wird. Die Bekanntmachung dieses Deals zum jetzigen Zeitpunkt wird als ein Warnschuss für Präsidenten Poroschenko interpretiert, weil er den Russen zu sehr entgegen komme⁽¹⁾. Schließlich will die USA Waffen an die Ukraine liefern, da ist die Einhaltung eines Friedensabkommens nur hinderlich.

Die US-amerikanischen Spitzenpolitiker, Präsident und Friedensnobelpreisträger Barak Obama, Demokraten wie Republikaner und ihre Lobbyisten sowie die ukrainische Regierung können hoffen, dass die von ihnen hofierten und militärisch hochgerüsteten Nazibataillone in der Ostukraine nicht ruhig bleiben werden. Der Führer des Rechten Sektors, Dimitro Jarosch, erklärte vor Kommandeuren der unter seinem Kommando stehenden Bataillone, dass es für ihn keinen Waffenstillstand und Frieden mit den Russen geben werde⁽¹⁾. Diese Äußerung ist sehr wohl als eine Aufforderung zur Fortsetzung des Krieges zu verstehen.

Werden Präsident Poroschenko, der immer wieder Patriotismus bis zum Sieg über die Ostukraine und die Rückeroberung der Krim beschwört, und ein Ministerpräsident, der gar keine Berührungsängste mit den Nazis hat, Einfluss auf die rechten Parteien, insbesondere den Rechten Sektor und die Freiwilligenbataillone nehmen können und wollen, um dem Frieden im eigenen Land eine Chance zu geben? Zweifel sind angebracht.

Der selbstmörderische Mut von Kämpfern faschistischer Bataillone des Rechten Sektors werden in „seriösen“ Medien der Ukraine gepriesen und als Speerspitze im Kampf gegen die Russen gefeiert⁽¹⁾, wohl deshalb, weil die reguläre ukrainische Armee offensichtlich Schwierigkeiten hat, Erfolge in der kriegerischen Auseinandersetzung mit den prorussischen Separatisten zu erzielen.

Dass auf die Nazis Verlass ist, bewiesen sie bereits vor einem Jahr. Hunderttausende Kiewer demonstrierten gegen die Janukowitsch-Regierung auf dem Maidan, nachdem sich die Regierung gegen ein Assoziierungsabkommen mit der EU entschieden hatte. DIE LINKE wies im Mai 2014 darauf hin, dass die Vorstellung illusionär war, eine Annäherung an die EU durch das Assoziierungsabkommen würde eine Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Situation der Ukrainer bewirken. „Bei diesem Abkommen ging es nicht um eine verbesserte Reisefreiheit für Ukrainerinnen und Ukrainer in der EU, sondern um die Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftsideologien. Die Durchsetzung der von der EU und dem Internationalen Währungsfonds angestrebten neoliberalen Reformen in der Ukraine würde zu einer drastischen Anhebung der Energiepreise, zu einer Zerstörung der industriellen Basis im Osten der Ukraine führen und für weite Teile der Bevölkerung eine noch größere Verarmung bedeuten. Es gab also genügend Gründe für den früheren Präsidenten Janukowitsch, das Assoziierungsabkommen mit der EU abzulehnen“⁽²⁾. Der damals ausgehandelte Deal einer internationalen Vermittlergruppe mit Präsident Janukowitsch zur Lösung der Krise konnte von gewissen Kreisen in der EU, insbesondere aber in den USA, nicht akzeptiert werden.

Die Rechten, die die Maidan-Demonstrationen zur Stärkung ihrer Position in der Gesellschaft geschickt nutzten, übernahmen zunehmend die Regie auf dem Maidan. Als dann angeblich Scharfschützen einer Sondereinheit

der ukrainischen Sicherheitskräfte friedliche Demonstranten töteten, war das Maß voll. Die gerade getroffenen Vereinbarungen wurden zur Makulatur, indem die Janukowitsch-Regierung zum Rücktritt gezwungen wurde. Der Etablierung einer US-hörigen Regierung stand nichts mehr im Weg. Nach den wirklichen Mördern der Maidan-Demonstranten wurde und wird nicht mehr gefragt, ebenso wenig nach den Mördern der im Gewerkschaftshaus von Odessa getöteten Menschen wenige Zeit später. Zweifel an der Richtigkeit offizieller Darstellungen der neuen, prowestlichen Regierung wurden erstickt. Zweifel sind aber angebracht. Sehr wahrscheinlich waren es die Nazis, denn sie machten keinen Hehl aus ihrer Unzufriedenheit über die Vereinbarungen mit der Janukowitsch-Regierung. Und vor allem waren sie zu allem bereit, auch zu Gewalt. Sie haben, so scheint es, den USA einen guten Dienst erwiesen, indem sie im entscheidenden Moment die Initiative ergriffen, um der „Revolution“ den nötigen Auftrieb zu geben, den politischen Druck auf der Straße zu erhöhen und letztlich den raschen Sturz der Regierung herbeizuführen. Die Nazis gewannen seit den Ereignissen auf dem Maidan 2014 an politischem Einfluss, sie wurden mit hochrangigen Posten in der Regierung und in den nachgeordneten Behörden belohnt. Der Westen nimmt dies kritiklos hin oder verharmlost es. Noch scheint die ukrainische Regierung auf die faschistischen Freiwilligenverbände angewiesen zu sein. Denn offensichtlich hat die ukrainische Armee ohne die hoch motivierten, gewaltbereiten Nazis und Nationalisten Schwierigkeiten, Herr der Lage in den abtrünnigen Ostgebieten der Ukraine zu werden. Dieser Einfluss der Nazis droht nun ein Ausmaß anzunehmen, bei dem deren Protagonisten nun selbst zur Zielscheibe werden. Was geschieht, wenn die ukrainische Regierung bemüht ist, zur Wahrung ihres Rufes sich extremistischer Kräfte zu entledigen, die bislang für sie gekämpft haben, verdeutlichen die Ereignisse am 2. Februar 2015 in Kiew, als Kämpfer des faschistischen Bataillons „Aidar“ das Verteidigungsministerium besetzten, vor dem Eingang des Gebäudes brennende Barrikaden errichteten und massiv gegen das Wachpersonal vorgingen, um zu erwirken, dass ihre Kampftruppe nicht aufgelöst wird. Die OSZE und Amnesty International warfen dem Freiwilligenverband mehrfach schwere Menschenrechtsverletzungen vor. In den Medien kursierten an jenem Tag Meldungen über einen möglichen Putschversuch der Nazis in Kiew.

Wer die Geister ruft, wird sie mitunter nicht mehr los. Wenn der Westen immer noch glaubt, die erstarkten Nazis, unter Waffen stehend, seien eine Randglosse der Geschichte, die im Zaum gehalten werden können, wenn ihr gemeinsamer Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Russen, siegreich beendet ist, der irrt gewaltig. Die Ukraine ist nicht Westeuropa, wo die Demokratien (noch) stark genug und Willens sind, Extremisten im Zaum zu halten. Die Ukraine wird hingegen zunehmend zum Aufmarschgebiet von Nazis aus Europa und den USA⁽³⁾. Die Folgen dieser Entwicklung sind für die Zukunft der Ukraine und Europas nicht abzusehen.

Siebzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges entsteht der Eindruck, als hätte es Nazibarbarei und den barbarischen Krieg nicht gegeben. Wenigstens Europa sollte aus der Geschichte gelernt haben und sich nicht vor den Karren der von den USA dominierten NATO, die den Ton im Ukraine Konflikt vorgibt, spannen lassen.

Quellen

- (1) Lauterbach, Reinhard: Keine Spur von Frieden. Junge Welt. 14./15. Februar 2015, S. 1
- (2) Berliner Parteitag der Partei DIE LINKE. am 10. Mai 2014: Beschluss zum Ukraine Konflikt
<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/berliner-parteitag-2014/beschluesse/auch-fuer-den-ukraine-konflikt-gilt/>
- (3) Schaber, Peter: Töten für Wotan. Junge Welt. 14./15. Februar 2015, S. 12-13.
<https://www.jungewelt.de/2015/02-14/011.php>